

# Die Bündner Italianità stärken

Stabwechsel an der Spitze der Italienischbündner Interessenvereinigung

Pro Grigioni Italiano hat eine neue Präsidentin: Paola Gianoli will sich für einen besseren Service public einsetzen und den wackeligen Zusammenhalt der Italienischbündner fördern.

Peter Jankovsky, Chur

Seit geraumer Zeit treibt die italienische Schweiz eine bestimmte Angst um: Der Niedergang von Dantes Sprache in den übrigen Landesteilen habe unter anderem wegen des Vormarsches des Eng-



«Das Gefühl der Italienischbündner als Zweitklassbürger muss verschwinden.»

Paola Gianoli  
Präsidentin PGI

lischen vermehrt an Tempo gewonnen. Damit wachse die Ignoranz gegenüber der helvetischen Italianità; dies trotz der Tatsache, dass Italienisch die dritte Amtssprache sei.

Während das Tessin als autarker Raum erscheint, hängen die vier Italienischbündner Regionen Puschlav, Bergell, Misox und Calanca am infrastru-

turellen Tropf des restlichen Bündnerlandes. Daher kommt der 1918 in Chur gegründeten Vereinigung Pro Grigioni Italiano (Pro Italienischbündner), abgekürzt PGI, eine wichtige Rolle zu. Die konkretesten Probleme ortet die PGI im Bereich des Service public.

## Billette statt «Biglietti»

Die kantonale Verwaltung halte die Dreisprachigkeit hoch. Doch bei Bündens anderen grossen Dienstleistern hapere es zum Teil deutlich mit der

Berücksichtigung der italienischsprachigen Minderheit, sagt Paola Gianoli Tuena. Die 50-jährige Übersetzerin, die in Poschiavo aufgewachsen ist und in der Romandie lebt, amtet seit Neujahr als Präsidentin der PGI. Sie hat das Zepter vom Puschlaver Historiker Sacha Zala übernommen.

Wenn Kondukteure im Puschlav auf Deutsch nach den Billetten fragten, sei dies ein schlechtes Zeichen, so Gianoli. Man vertraue zu sehr darauf, dass alle Italienischbündner Deutsch sprächen. Wer es nicht beherrsche und etwa auf

der nur deutschsprachigen Webseite des Kantonsspitals in Chur nach Informationen suche, habe ein Problem. Auch stört sich die PGI-Präsidentin an der geringen Anzahl von Italienischbündnern, die in der kantonalen Verwaltung arbeiten. «Das Gefühl der Italienischbündner, Bürger zweiter Klasse zu sein, muss verschwinden», resümiert Gianoli. Rund zehn Prozent der Bündner Bevölkerung sind italienischsprachig. – Gianoli stört auch, dass Graubünden zwar offiziell dreisprachig ist, dass die «Italophonen», um die Kantonsschule

besuchen zu können, aber in den deutschsprachigen Kantonsteil wechseln müssen und einen grossen Teil des Unterrichts auf Deutsch absolvieren. Überdies versetzt Gianoli die kantonale Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache in der Primarschule», die von Lehrern lanciert wurde und nunmehr zustande gekommen ist, in Unruhe. Bei einer Annahme lernten die Deutschbündner Kinder nur noch Englisch und die Italienischbündner nur noch Deutsch, was eine indirekte Diskriminierung darstelle, so Gianoli. Die PGI klärt nun ab, ob die Initiative nicht gegen die Kantons- und Bundesverfassung verstösst.

## Das Italienisch-Forum hat die ersten Schritte gemacht

pja. · Schlicht und nüchtern klingt die Zielsetzung: «Förderung der Präsenz der italienischen Sprache und Kultur in der Eidgenossenschaft». Doch hinter dem Motto des «Forum per l'italiano in Svizzera», des Forums für das Italienische in der Schweiz, verbirgt sich eine starke Emotion. Die Interessengemeinschaft formierte sich im November 2012 in Zürich und wird von der Befürchtung angetrieben, dass die dritte Landessprache zunehmend ins Abseits gerät.

Das Forum habe mittlerweile die ersten Schritte gemacht, erklärt dessen Koordinator Diego Erba, ehemaliger Vorsteher des Tessiner Schulamtes. Gemäss seinen Worten wurde eine interne Organisation aufgebaut, man nahm Stellung zu bildungspolitischen Themen,

und vier Arbeitsgruppen untersuchten die Rolle des Italienischen auf institutioneller, schulischer und soziokultureller Ebene. Diesen Samstag werden die Ergebnisse im Rahmen einer Generalversammlung in Chur vorgestellt. An der Gründung des Forums waren unter anderem die Regierungen der Kantone Tessin und Graubünden sowie die italienische Botschaft in Bern beteiligt. Mittlerweile zählt die Interessenvereinigung rund vierzig öffentliche und private Organisationen als Mitglieder.

Gemäss Erba findet die Förderung der Italianità vor allem nördlich des Gotthards statt. Sie wird dort in Eigenregie von den verschiedenen Forum-Mitgliedern betrieben. Fast die Hälfte der schätzungsweise 480 000 in der Schweiz

ansässigen Italienischsprachigen wohnt nämlich ausserhalb der italienischen Schweiz. Die Situation im Norden sei schwierig, so Erba. Anlass zur Sorge geben gegenwärtig die Pläne der Aargauer Regierung, das Italienisch-Angebot in der Bezirksschule merklich zu reduzieren. Laut dem Koordinator des Forums sind bereits 6000 Unterschriften gegen besagte Abbaupläne gesammelt worden. Wie Erba weiter ausführt, missachte gemäss einer Erhebung fast die Hälfte aller Deutschschweizer Kantonsschulen das eidgenössische Maturitätsreglement und biete Italienisch nur noch in stark verringertem Umfang an. Zudem beklagt er die schwindende Zahl Italienischsprachiger in Kaderpositionen der Bundesverwaltung.

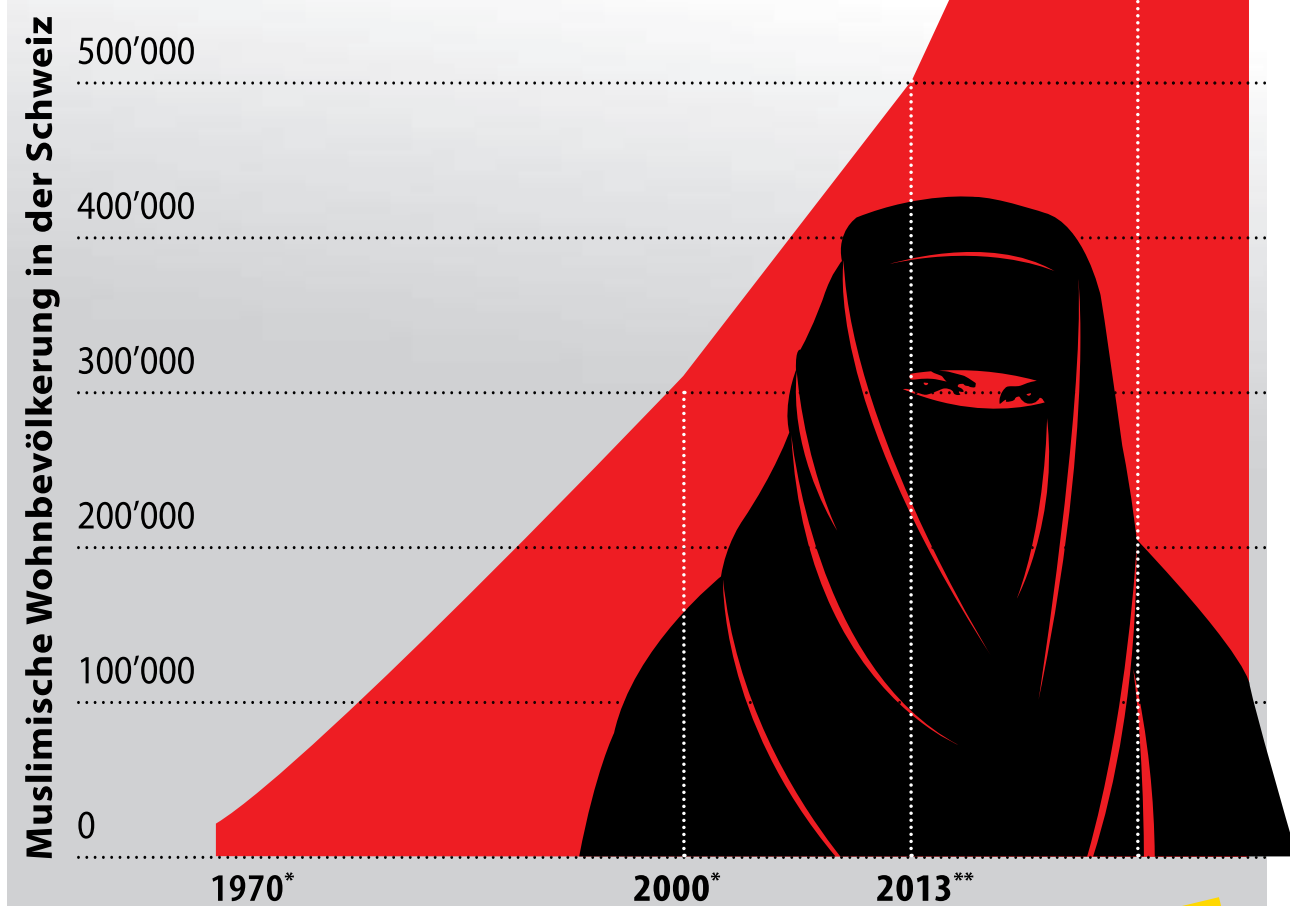
## Sichtbarkeit im ganzen Land

Eine Schwäche der Italienischbündner Gemeinschaft ortet Gianoli im Zusammenhalt. Diese ist aus ihrer Sicht durch die geografische Getrenntheit der vier «italophonen» Täler bedingt: Innerhalb der kleinsten Bündner Sprachminderheiten existieren sozusagen weitere Minderheiten. Daher sieht es die PGI-Präsidentin als wichtige Aufgabe an, die Einheit Italienischbündens zu stärken.

Zudem will sie den vier Regionen nicht nur in Graubünden, sondern im ganzen Land mehr Sichtbarkeit verleihen. Hierbei kommen ihr die fünf ausserhalb Graubündens gelegenen PGI-Filialen zupass. Und was wäre Gianolis grösster Wunsch? Die Kür eines Bundesrates aus Italienischbündner.

ANZEIGE

# Bald 1 Million Muslime?



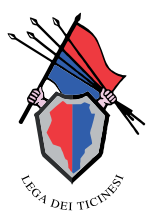
\* Bundesamt für Statistik

\*\* Fédération islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS)

**Deshalb:  
Masseneinwanderung  
stoppen – jetzt:**

# JA

Egerkinger-Komitee Postfach, 23, 8416 Flaach



## Kantone gegen mehr Sonntagsarbeit

Nein zu Ausnahmeregelung für Einkaufszentren an der Grenze

sig. · Die Kantone sprechen sich gegen eine Ausweitung der Sonntagsarbeit in besonderen touristischen Gebieten aus. Die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK) hat sich an ihrer Sitzung am Donnerstag gegen einen Verordnungsentwurf des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) ausgesprochen, der auf eine Motion des Tessiner FDP-Ständerats Fabio Abate zurückgeht.

Das Seco schlug vor, Einkaufszentren von der Bewilligungspflicht zu befreien, die Luxusgüter für internationale Touristen anbieten und in einem Fremdenverkehrsgebiet höchstens 10 Kilometer von einer Landesgrenze entfernt liegen. Die Gewerkschaften bekämpfen die Ausweitung der Sonntags-

arbeit. Kürzlich präsentierten sie ein Rechtsgutachten, wonach die Verordnungsänderung als gesetzeswidrig bezeichnet wird.

Wie VDK-Präsident Andreas Rickenbacher erklärt, fällte die Plenarversammlung einen Mehrheitsentscheid. Es habe sich die Ansicht durchgesetzt, dass das Sonntagsarbeitsverbot ein wichtiger Grundsatz im Arbeitsrecht sei und Ausnahmen grundsätzlich von den Sozialpartnern ausgehandelt werden sollten. Ausserdem hätten die Kantone heute schon die Möglichkeit, in ihren Gesetzen Spezialregelungen festzulegen. So sei im Kanton Bern der Sonntagsverkauf in genau definierten Tourismusgebieten erlaubt.

## IN KÜRZE

### Auto dominiert weiter bei Pendlern

(sda) · Rund die Hälfte der Pendler in der Schweiz fährt mit dem Auto zur Arbeit. 2012 waren von den 3,69 Millionen Arbeitspendlern 1,88 Millionen mit dem eigenen Wagen unterwegs, wie das Bundesamt für Statistik (BfS) ermittelt hat. Weit dahinter folgt die Eisenbahn, die mit 590 500 Fahrgästen das zweitbeliebteste Verkehrsmittel auf dem Weg zur Arbeit ist. In den Bus steigen 335 200 Menschen. Das sind praktisch gleich viel, wie zu Fuss gehen (337 200).

### Mehr Zulassungen zum Zivildienst

(sda) · Die Zahl der Zivildienstleistenden ist erneut leicht angestiegen. Im Jahr 2013 wurden 5423 Personen neu zum Zivildienst zugelassen, 284 mehr als im Vorjahr. Der Zivildienst spricht von einem «mittleren Niveau». Die Zahl der Zulassungen sei zwar höher als zu Zeiten der Gewissensprüfung, aber deutlich tiefer als in den ersten zwei Jahren nach deren Abschaffung, heisst es in einer Mitteilung vom Freitag.

### Finanzierung von Abtreibungen

(sda) · Der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) lehnt die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» ab. Sie untergrabe den Grundsatz einer fairen Finanzierung des Gesund-

heitswesens und trage nicht dazu bei, Kosten zu senken. Zudem könnten insbesondere sozial und finanziell schwächer gestellte Frauen sich einen Schwangerschaftsabbruch bei Annahme der Initiative nicht mehr leisten.

### Weiterhin zu wenige Organspenden

(sda) · 2013 haben in der Schweiz rund 470 Menschen eine Organspende erhalten. Diese Zahl ist praktisch gleich hoch wie im Jahr davor. Laut der Stiftung Swisstransplant werden viel zu wenige Organe gespendet: Wegen des Mangels an Spenderorganen starben 2013 insgesamt 73 auf der Warteliste aufgeführte Menschen. Laut der Stiftung wäre die Sterberate noch höher, wenn nicht Organe importiert würden, namentlich aus Frankreich. Mit 13,6 Spendern pro Million Einwohner gebe es in der Schweiz nur halb so viele Spender wie in Frankreich, Österreich und Italien.

### GAV für Betreuung im Privathaushalt

(sda) · Die Gewerkschaft Unia ist zuversichtlich, noch im ersten Halbjahr 2014 mit dem Arbeitgeberverband «Zu Hause leben» einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die Betreuung im Privathaushalt abschliessen zu können. Die Verhandlungen seien auf gutem Wege. Dies teilte die Gewerkschaft am Freitag an einer Konferenz mit.